





# Chronik des Tages.

In den Besprechungen zwischen den Parteien ist eine Einigung über die Abänderungen der Devisenverordnung zustande gekommen.

Infolge von Werkslüssen über ein beabsichtigtes gemeinsames Einbringen in die Reichsanzeile wurden von der Postlei vorübergehend umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

Der bayerische Ministerpräsident Graf v. Daudenfeld will von seinem Posten zurücktreten, falls eine Reichsstaatspolitik nicht die geschlossene Zustimmung der Bayerischen Volkspartei findet.

Bonar Law erklärte in seiner Programmrede in Moskau, daß man Deutschland in Augenblick nicht abnehmen könne.

Das neue englische Parlament wird am 20. November zusammentreten.

Das italienische Kabinett ist zurückgetreten, weil die Faschisten mit dem Vorschlag auf dem gedroht haben.

Aus dem Goethe-Nationalmuseum in Weimar sind verschiedene Goethe-Reliquien entwendet worden.

In Görlitz ist der viele Reichsparteitag der Deutsch-nationalen Volkspartei eröffnet worden.

Der Dollar ist an der Berliner Freitagsbörse von 4448 auf 4139 gesunken.

## Von Woche zu Woche.

### Wandbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Alle Welt erhebt den Ruf nach Maßnahmen gegen den Währungsverfall. Stützung der Mark wird von allen Seiten verlangt, von der Industrie wie von der Arbeitnehmerschaft, von dem Mittelstand wie von den erwerbsunfähigen Kleinrentnern, die wohl am meisten von der Entwertung der Mark betroffen werden. Auch die Parteien sind sich darüber einig, daß unbedingt etwas geschehen muß, um den Sturz der Mark in letzter Stunde aufzuhalten. Doch über die Art der Maßnahmen gehen die Meinungen weit auseinander. Die einen sagen, da wir von außen vorderhand keine Hilfe zu erwarten haben, könne uns zurzeit nur eine Steigerung der eigenen Produktion helfen, das sei aber nur möglich durch Mehrarbeit, also müßte das deutsche Volk vor allem seine Arbeitsleistungen erheblich vermehren. Man verweist auf das Beispiel des Lebersechstenabkommens der Bergleute und fordert ähnliche Vereinbarungen auf anderen Arbeitsgebieten.

Andererseits machen den Salutatameel und die Spekulationsmat, die viele Kreise des Volkes ergreifen haben, für die heutigen Zustände verantwortlich und fordern scharfes Vorgehen gegen Wucher und Börsenspekulation. Vor allem müßte — so heißt es nicht mit Unrecht — gegen die förmlich aus dem Boden schießenden überschüssigen Wechselkurse, die für viele ein Anreiz zum Spekulieren sind, sowie gegen Hamstern von Devisen vorgegangen werden. Daneben verlangt man eine durchgreifende Stilungsaktion für die Mark, gegebenenfalls durch Veranlagung des Goldes der Reichsbank.

Es fehlt also nicht an Vorschlägen, es handelt sich nur darum, das Richtige herauszufinden und solche Maßnahmen zu treffen, die einen tatsächlichen Erfolg versprechen und auch praktisch durchzuführen sind. Hierfür scheint es, als ob Regierung und Reichstag sich über ein gemeinschaftliches Programm nicht einigen könnten und als ob wir wieder einmal das wenig erquickliche Schauspiel einer Regierungskrise miterleben sollten, doch neuerdings besteht die begründete Hoffnung, daß man eine Einigung erzielen werde.

Der Zusammenschluß zu einer großen Front im Innern tut uns aber auch angeht die drohenden Gefahren von außen bitter not. Die Zwangsvollstreckung haben ihren Besuch angemeldet. Was sie uns mitbringen, wissen wir vorläufig nicht. Gutes sicher nicht. Nach den Andeutungen der Pariser Presse, die nach dem Sturze Lloyd Georges ihren Weg zurück weisen, soll die Einführung der Ententeaffekt über die deutschen Finanzen unmittelbar bevorstehen. Die Reparationskommis-

sion will, so verrät die Gehypothese ganz offen, nur deswegen mit uns „verhandeln“, um dann, wenn wir die uns zugedachte Finanzkontrolle ablehnen, Deutschland die Verantwortung an dem Niedergang der deutschen Mark aufhaken zu können und einen Vorwand für die verhängten Sanktionen zu haben. Die erste Novemberwoche wird jedenfalls für unsere nächste Zukunft entscheidend sein.

## Änderung der Devisenordnung.

### Zunächst Milderungen.

Das erste Ergebnis der Besprechungen der Parteiführer beim Reichsanzeiler ist folgende amtliche Mitteilung über eine vorläufige Änderung der Devisenverordnung, die zunächst Milderungen bringt:

Durch eine zweite Ausführungsverordnung zu der Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln vom 12. Oktober 1922 ist die Frage der Anwendung dieser Verordnung auf laufende Verträge dahin entschieden worden, daß die Gültigkeit laufender Verträge unberührt bleibt und daß die vereinbarte Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln zulässig ist, sofern sie bis zum 15. Dezember 1922 zu erfolgen hat. Hat sie in einem späteren Zeitraum zu erfolgen, so ist sie in Reichswährung zum Kurse des Fälligkeitstages zu leisten. Ist die Zahlung bereits in Reichswährung erfolgt, so hat es dabei sein Bewenden.

### Erleichterungen

sind im Hinblick auf die Geschäfte mit dem Ausland insofern geschlossen worden, als einmal Geschäfte über Lieferungen von im Ausland befindlichen Waren und der erste Umsatz von aus dem Ausland eingeführten Waren von dem Verbot der Bezahlung in ausländischer Währung ausgenommen worden sind. Desgleichen sind Provisionsgeschäfte beim Export und gewisse Dienst- und Werkverträge, bei denen die Erfüllung im Ausland zu erfolgen hat, weiter Frachtgeschäfte über im Ausland befindliche oder zwischen In- und Ausland zu befördernde Waren und gewisse Versicherungsgeschäfte von dem Verbot des § 1 der Verordnung ausgenommen werden. Firmen, die Zahlungen auf Grund solcher Geschäfte zu leisten haben, kann auch die Handelskammer besondere Befreiungen ausstellen, so daß sie von der Befreiung des Finanzamtes bei dem Erwerb von ausländischen Zahlungsmitteln freigestellt sind.

Die eigentlichen Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung sollen noch bekannt gegeben werden. Die gesetzliche Regelung, die Befreiungen der Verordnung bringen dürfte, steht noch bevor.

## Der Weg zur Verständigung.

### Parteiführerbesprechung beim Reichsanzeiler.

Unter dem Vorsitz des Reichsanzeilers Wirth haben, ungeachtet der bis zum 7. November beabsichtigten Vertagung des Reichstages, am Donnerstag die wiederholt angekündigten Verhandlungen zwischen den Parteien der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei begonnen mit dem Ziele, eine Einigung über die Ausführungsverordnungen zur Devisenverordnung und über weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen zu finden. Die Verhandlungen wurden von beiden Gruppen in diesem Sinne einer Verständigung geführt.

### Erklärungen des Reichsanzeilers.

In seiner einleitenden Rede wies Reichsanzeiler Wirth auf die große Bedeutung der bevorstehenden Ankunft ausländischer Währungssachverständiger und der Mitglieder der Reparationskommission hin. Dieses außerordentlich hochwichtige Ereignis habe ihn abgehalten, in diesem Augenblick im Reichstage im Namen der Reichsregierung eine Erklärung abzugeben,

und er bat die Parteiführer, nun auch ihrerseits auf diese veränderte Lage Rücksicht zu nehmen. Sie müßten der Sachlage dadurch Rechnung tragen, die sie versuchten, auf eine gemeinsame Plattform zu kommen und sich über ein gemeinschaftliches Programm zu einigen. Denn nur auf diese Weise werde es möglich sein, die Autorität der Regierung für die kommenden Ereignisse zu stärken.

Nach längerer Aussprache wurden dann auf Vorschlag des Reichsanzeilers zwei engere Ausschüsse gebildet, von denen der eine die Frage der Devisenverordnung, der zweite die weiteren wirtschaftspolitischen Anregungen, die teils von der Sozialistischen Partei, teils von der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ausgegangen sind, behandeln sollten. Der erste Ausschuss trat sofort unter dem Vorsitz des Reichsanzeilers zusammen. Grundlage der Besprechung bildeten die vom Reichsjustizministerium entworfene Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung, wurde zwischen allen vertretenen Parteien eine Einigung erzielt, so daß die Ausführungsbestimmungen in kürzester Zeit veröffentlicht werden können. Die nächste Aufgabe unter den Parteien ist am Freitag festgelegt worden. Es ist, wie halbamtlich verlautet, zu erwarten, daß eine abschließende Klärung der wichtigsten Probleme eintritt, mit denen sich die Reichsregierung angesichts der Lage zu beschäftigen hat.

Die Beratungen der Staatssekretäre der für die Reparationsfrage zuständigen Ressorts der Reichsregierung zur Vorbereitung der Verhandlungen mit der Reparationskommission wurden unter dem Vorsitz des Reichsanzeilers fortgesetzt.

## England im Wahlkampf.

### Zusammentritt des neuen Parlaments am 20. November.

Die königliche Proklamation, durch die das Unterhaus aufgelöst ist, setzt den 20. November als Tag des Zusammentritts des neuen Parlamentes fest. Die Wahl findet am 15. November statt. Irland, das nach der Annahme der irischen Verfassung nicht länger im Reichsparlament vertreten ist, wird in der Proklamation des Königs nicht erwähnt.

### Der Wahlantritt Bonar Law.

Der neue Premierminister Bonar Law hat einen Wahlantritt erlassen. Er betont, wie notwendig es ist, daß in der ganzen Welt der Frieden wieder hergestellt werde und stellt die Arbeiten zu diesem Ziele an die Spitze des Programms. Folgendes sind die beachtenswerteren Punkte in dem Wahlantritt Bonar Law: Ruhe und Stetigkeit im Innern und Außen, Verfestigung der englischen Freundschaften und Verständigung mit den Vereinten Staaten, fester Beschluß, die englischen auswärtigen Verpflichtungen nicht zu vergrößern, sondern sie bei nächster Gelegenheit sogar zu vermindern, enge und dauernde Verbindung mit den Regierungen der Kolonien und Indiens, im Innern Sicherstellung des irischen Vertrages, Garantie der Sicherheit des Parlamentes von Nordirland, energische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Verabreichung der Ausgaben, sofortige Prüfung des Landwirtschaftsproblems usw.

### Der englische Premierminister über die deutschen Zahlungen.

In einer Rede, die Bonar Law in Ergänzung seines Manifestes in Glasgow hielt, sagte er über die Reparationen, er habe niemals daran geglaubt, daß Deutschland die Gesamtheit der Kriegsschulden bezahlen könne. Aber heute finde er, daß die Bereitschaft in England heute so groß sei, man habe es heute für außerordentlich leicht, daß England allein auf eine Milliarde Pfund verzichten soll. Die Wahrheit sei, daß dies nicht möglich sei, und daß es ebenso unmöglich sei, Deutschland aus schließlich irgend etwas abzunehmen. Die Lage in Deutschland sei sehr schwierig. Bonar Law erklärte weiter, es sei unbedingt notwendig, daß Frankreich gemeinsam mit England vorgehe, und zwar mit demselben Ziel. Man müße von Deutschland das aus-

## Spitzen.

### Roman von Paul Einba.

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 60.

„Aber was hast du mir nur?“ fragte Mir endlich, der das Benehmen ihrer Eltern längst aufgefassen war. „Nichts, mein Kind.“ antwortete Fürst Eudhof. „Wie kommst du zu der wunderlichen Frage? Nichts das Geringste.“

„Du kannst ja nicht lügen, Papa! Ebensovienig wie Mama! Ihr verheimlicht mir etwas... etwas Unangenehmes. Ich bin beunruhigt! Sagt es mir! Sonst denke ich mir Schlimmeres!... Betrifft es Ulrich?“

„Aber wie kommst du nur darauf? Du siehst Besessener. Es ist nichts, gar nichts.“

„Mir schmeißt, aber sie war keineswegs beruhigt. Sie wachte der Selger der Mir vorrückte, besaß auffälliger wurde die Erregung der Eltern. Als Mir über den Korridor ging, sah sie ihre Mutter mit einem Diener sprechen und dann in den Salon treten. Mir rief den Diener heran.“

„Was hat die Frau Fürstin Sie gefragt?“

„Durchlaucht haben sich erkundigt, bis zu welcher Zeit das Telegraphenbüro in Kypstein geöffnet ist, und wann die letzten Depeschen ausgetragen werden.“

„Mir trat in das Zimmer. Es war um die achte Stunde. Fürst Engelbert und Karola fanden am Kamin und sprachen mit halblauter Stimme. Als sie Mir erblickten, verstumten sie.“

„Ja, will wissen, was vorgeht!“ sagte sie mit großer Bestimmtheit. „Ich bin kein Kind mehr! Ich weiß, daß ihr mir etwas verbergt. Ihr erwartet Nachrichten... eine Depesche... aus Berlin?“

„Aber so spricht doch! Ihr macht mich frant! Ist Ulrich etwas zugezogen? Antworte, wenn ihr mich lieb habt! Die schrecklichste Wahrheit würde mich weniger schmerzen, als diese unerträgliche Ungewißheit!“

„Die Eltern sahen sich fragend an.“

„Ihr macht mich wahnsinnig mit eurem Schweigen! Ihr ahnt nicht, welche Gedanken ich mir mache, sonst würdet ihr sprechen!“ Ihre Augen hatten sich mit Tränen gefüllt, sie lief wie bezweckelt im Zimmer

auf und ab. Endlich ging sie auf ihre Mutter zu, die sich auf einen kleinen Sessel am Kamin niedergelassen hatte, sank vor ihr auf die Knie, ergriff ihre Hände und schluchzte: „Mama, du bist immer so gut gewesen! Du weißt nicht, wie du mich quälst. Habe doch Mitleid mit mir!“

Karola streichelte die weichen Haare ihres Kindes, und zu ihrem Amme aufblickend, sagte sie: „Ich bringe es nicht über's Herz, das Kind so zu soltern.“

Fürst Engelbert nickte zustimmend.

„Sei ruhig, Mir! Wir sagen dir alles! Es ist nichts, bei Gott, nichts Gefährliches. Nichts, was dich schmerzen könnte. Nur eine große Unannehmlichkeit, nichts weiter. Man hat Ulrich wegen einer längst abgetanen Sache einen Prozeß gemacht, der heute verhandelt worden ist und natürlich nur zugunsten Ulrichs ausgefallen sein kann! Wir warten nun auf die Depesche! Das ist alles!“

„Mir blinnte ihrer Mutter fest ins Auge.“

„Das ist wirklich alles?“ fragte sie mit scharfer Betonung, während sie ihre Tränen trocknete.

„Alles!“ wiederholte Karola in ruhigem und beruhigendem Tone.

„Weshalb habt ihr mir denn das nicht gleich gesagt?“ verlegte sie lächelnd, indem sie sich erhob.

„Ulrich hatte uns gebeten, dir die unnütze Aufregung zu ersparen.“

„Aber um was handelt es sich denn bei dem Prozeß?“ — Um eine Geldfrage?“

„Nein!“ griff nun der alte Fürst ein. „Um eine Ehrenfrage. Ein Scherke von Zeitungsschreiber hat Ulrichs Ehre angegriffen, und das wird heute entschieden!“

„So?“ erwiderte Mir nachdenklich.

„Die drei schwiegen lange Zeit. Mir starrte in das Kaminfeuer. Tausend Gedanken wälzten sich in ihrem Kopf. Bißlich machte sie eine energiegelbe Bewegung.“

„Gente ist es leider zu spät!“ rief sie. „Ich fahre morgen mit dem Frühzuge ab, dann bin ich übermorgen früh in Berlin. Mein Entschluß ist unabweislich. Geht euch eine Miße, es mir auszureden. Ich weiß, was ich tue, ich reise unbedingt. Wenn einer von euch mich begleiten will, um so besser! Wenn nicht, fahre ich allein!“

Alle Bitten der Eltern waren umsonst. Mir ließ jedoch ihre Sachen packen und gab den Befehl, daß der Wagen morgen früh um sieben Uhr bereit stehe.

Am Abend beim Tee kam man überein, daß Fürstin Karola zur Pflege des Kindes auf Kypstein bleibe, und Fürst Engelbert seine Tochter nach Berlin begleite. Auf Mir's Wunsch wurde die Depesche, die am anderen Morgen zu frühester Stunde abgehen sollte, so gefast, daß Ulrich, nur von der bevorstehenden Ankunft seines Schwiegervaters benachrichtigt wurde.

„Er würde mir vielleicht wegen meines eigenmächtigen Ungehorsams etwas böse sein!“ sagte Mir. „Wenn er mich aber sieht, wird er mir schon vergeben. Und wenn ich ihm alles auseinandersetze, wird er mir sogar recht geben.“

Die Depesche lautete also ganz einfach so: „Depesche morgen früh gegen acht Berlin ein, bitte meine Ankunft unbedingt abzuwarten. Hier alles wohl! Auf Engelbert.“

Am anderen Tage, beim Morgengrauen, verließen Mir und Fürst Engelbert das alte Kypsteiner Schloß. Sie hatten sich für den Nachmittag auf eine Zwischenstation eine Depesche bestellt. Und diese war denn auch zur Stelle. Sie lautete: „Eben die erlebte Nachricht entgegen. Ulrich telegraphiert: Ihr dürft mit gratulieren. Nichts weiter. Bin herzensehr. Günter vergnügt. Karola.“

„Mir strahlte.“

„Man werden mit eben die ersten sein, die sich mit ihm freuen! Ich dein Kind nun wirklich so unerschütterlich zu gesehn behauptete! Und habe ich nicht recht gehabt?“

„Natürlich! Du hast immer recht!“ versetzte der Fürst lächelnd und küßte seine reizende Tochter auf die Stirn.

Nun leuchtete die Freude wieder aus den wunder-vollen Augen, und die junge Frau war amüßiger und bezaubernder denn je. Mit ihrem Wohlgefallen ruhte der Blick des Vaters auf seinem lieblichen Kinde, während Wälder und Felder an ihnen vorüberzogen und das schwanende eiserne Ungelüm auf den Schienen dem Norden zuraufte.

(Fortsetzung folgt.)



# Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. Oktober 1923

Der Berliner Vollzugspräsident hat auf Grund des Beschlusses zum Schutze der Republik das Erscheinen der kommunistischen „Rote Fahne“ auf 14 Tage verboten.

35 1/2 Milliarden neue Banknoten. In der dritten Osthoherwoche übertrug der von der Reichsbank aus beschriebene Zahlungsmittelbedarf von neuem die Aufmerksamkeit der Vorwochen. Die Banknotenausgabe wuchs weiter um 35,5 Milliarden Mark auf 410 Milliarden Mark, während sich der Umlauf an Darlehnskauffertwerten geringfügig — um 63 Millionen — verminderte.

Die Anklage gegen Horster Traub. Das auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik gegen den böswilligen Ausbürger „Verdammung“ leitete, wegen Verletzung des Reichspräsidenten und des Reichstanzlei eingeleitete Verfahren ist in der Voruntersuchung zum Abschluß gekommen. Der Oberstaatsanwalt hat die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem süddeutschen Senat beantragt.

Zur Schickal des Memellandes. Wie das „Menschenfreund“ meldet, hat der aus Paris zurückgekommene Oberkommissar Petzina in Memel die Vertreter der memelländischen Berufsstände empfangen, wobei er mitteilte, daß die Vertreter des Memellandes am 8. November vor der durch die Vorkonferenz eingesetzten Sonderkommission für die Memelstraße in Paris gehört werden sollen.

Die Teuerungssaktion der Beamten. Nachdem die letzte Teuerungssaktion der großen Beamtenschaft an der Regierung der Regierung, noch vor dem Beginn der Verhandlungen mit der Reparationskommission eine neue Aufbesserung der Beamteneinkünfte vorzunehmen, gescheitert ist, will nunmehr die Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaften, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die sich an der neuen Teuerungssaktion der übrigen Verbände nicht beteiligt hatte, selbständig beim Reichsfinanzministerium Gehalts erhöhungen beantragen, die vom 1. November ab wirksam werden sollen. Als Verhandlungstermin wird von ihr der 6. November vorgezogen; an diesem Tage wird der Teuerungssindex für den Monat Oktober bereits errechnet sein. Die Verhandlungen über die neue Lohnregelung für die Reichs- und Staatsarbeiter führten bisher zu keinem Ergebnis. Die Amtsdauer des Reichspräsidenten. Der Reichsrat hat von dem Reichspräsidenten über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten bis Ende Juni 1925 Kenntnis genommen, ohne Einspruch zu erheben. Namens der bayerischen Regierung erklärte der Gesandte v. Freger, daß nach Ansicht seiner Regierung gegen die Verdringung der von dem Reichspräsidenten selbst verlangten Wahlverfassungsgesetze sowie außen- und innenpolitische Bedenken bestünden. Bayern hätte gewünscht, daß die Wahl nicht über den Juni 1923 hinausgeschoben würde; es würde aber unsere schwierige wirtschaftliche und politische Lage, und darum sehr Bayern davon ab, Einspruch gegen das Gesetz zu beantragen.

Sicherheitsvorkehrungen in der Reichstanzlei. In der Nacht auf Freitag sind im Berliner Regierungsquartier umfassende Schutzvorkehrungen getroffen worden, weil ein gewalttätiges Eindringen in die Reichstanzlei beabsichtigt sei. Eine große Anzahl Beamter begab sich in die Gärten des Reichskanzlerpalais und begann dort eine umfangreiche Suche nach etwa verborgen gehaltenen Waffen und Sprengstoffen. Die Suche, die mehrere Stunden dauerte, verlief völlig ergebnislos. Die Untersuchung der Angelegenheit hat keinen bestimmten Anhaltspunkt für eine tatsächlich bestehende Gefahr ergeben. Die zuständigen Behörden glauben jedoch, alles tun zu müssen, um einer neuen Einbruchsung vorzubeugen.

Aushebung von Zeitungs- und Vereinsverboten. Der Staatsgerichtshof hob die Verbote gegen folgende Zeitungen auf: „Mitteldeutsche Presse“, „Staatsfürter Tageblatt“, „Hessische Landeszeitung“, „Tannauer Anzeiger“, ferner das Verbot gegen die Zeitschrift „Friederichs“ und das Verbot des Films „Friederichs“, ferner das Verbot einer Versammlung des Heimatbundes Schlesien, Ortsgruppe Schneidwitz, das Verbot des Vereins für Natursport Neubudow und das Verbot einer Versammlung des Bismarckbundes Altona. Verworfen wurden die Beschwerden der Zeitschrift „Nordwest“, und der „Niederdeutschen Zeitung“, die Beschwerde gegen die weitere Verbot der Zeitung „Mitteldeutsche Presse“ und „Staatsfürter Tageblatt“, ferner die Beschwerden gegen das Verbot einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei Dessau und gegen die Verbote der Ortsgruppen Hafelau und Regende sowie des Landesverbandes Pommern des Deutschen Jugendbundes Bismarck. Die Beschwerde wegen des Bundestages des Deutschnationalen Jugendbundes vom August wurde zum Teil verworfen, zum Teil anerkannt.

Verhinderung der sächsischen Landesründe. Die sächsischen Landesründe in Sachfen hat zurzeit eine Schuldenlast von rund 148 Millionen Mark, da ihr die von der sozialistischen Mehrheit des Reichstages für die Besoldung der Reichstagen bewilligten Mittel für die Besoldung der Reichstagen verweigert wurden. Die Landesründe hat nun nur 35 Millionen Mark erbracht.

## Rundschau im Auslande

In Griechenland ist ein Aufruhr der Ruthenen gegen die polnische Herrschaft ausgebrochen. Die Zahl der Aufständischen wird auf 10 000 geschätzt.

Italien: Rücktritt des Kabinetts Facta. Das Kabinett Facta ist zurückgetreten infolge der Drehung der Faschinen, die die Teilnahme an der Regierung verlangen und die allgemeine Mobilisation sämtlicher faschistischer Organisationen in Italien durch Dekret bestimmt haben. Ein neues Kabinett mit Mussolini als Ministerpräsident.

Enten und Minister des Innern und Orlando als Minister des Aeußen ist in der Bildung begriffen.

## England: Die Einladung zur Orientkonferenz

Wie ранее berichtet, haben England, Frankreich und Italien die Regierungen von Japan, Rumänien, Anisotimien, Konstantinopel, Angola und Griechenland zu der Konferenz über den Nahen Osten eingeladen. Die wahrscheinlich in Lausanne (Schweiz) abgehalten werden wird. Bulgarien und Auland würden zur Teilnahme an den Verhandlungen über die Zukunft der Dardanellen eingeladen. Die Vereinigten Staaten wurden eingeladen, entweder als Beobachter oder in einer mehr handelnden Rolle teilzunehmen.

## Rußland: Vereinigung der Ukraine mit Sowjetrußland

Der Kongress des ukrainischen Exekutiv-Ausschusses hat beschlossen, die Selbständigkeit des ukrainischen Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten aufzugeben und sämtliche diplomatischen Vertretungen einzuziehen. Ferner wurde eine einheitliche militärische Organisation beider Republiken hergestellt, alle selbständigen ukrainischen und russischen Truppenteile haben in der russischen Armee aufzugehen. Auch die Finanzpolitik der Ukraine wird dem Moskauer Volkskommissar für Finanzen unterstellt. Autonome behält die ukrainische Regierung nur auf dem Gebiete der inneren Politik, der Volksbildung, der Hygiene und des Eisenbahnbauwesens.

## Volkswirtschaft.

Frankreich verkauft Polen die deutschen Reparationslokomotiven. Frankreich bietet den Polen 1200 Lokomotiven und 6000 Wagen aus den Beständen an, die Deutschland laut Versailler Vertrag an Frankreich abtreten mußte. Der Preis bleibt mit 9940 Dollars für die Lokomotive weit zurück hinter dem schwedischen mit 35 000, dem amerikanischen mit 30 000 und auch dem deutschen mit 18 000 Dollars. Auch wird Frankreich eine zehnjährige Zahlungsfrist gewähren.

## Handelsteil.

Berlin, den 27. Oktober 1923. In der Börse herrschte auf dem Marke der fremden Devisen eine ziemlich starke Nervosität. Die kurz bevorstehende Veröffentlichung hat ein Moment der Unsicherheit auf den Markt getragen, das lähmend auf das Geschäft einwirkte. Die Umsätze waren daher wiederum sehr gering. Diese Unsicherheit übertrug sich auch auf den Effektenmarkt, dessen Tendenz nicht einheitlich war. Mit Ausnahme der Anleihenwerte war jedoch im allgemeinen eine Verstärkung zu verzeichnen, zumal da der recht unbefriedigende Anstieg der Reichsbank auf der Effektenmärkte einwirkte. Die Saitung blieb weiterhin schwach und zum Teil bröckelten die Kurse bei stiller werdendem Geschäft etwas ab. Schiffsaufsätze wurden überwiegend schwächer. Bankaktien unruhig, heimische Renten besser. Monatswerte anfangs schwächer, später steigend, Kauf wenig einheitlich. Deutsche Papiere mehr Angebot als Nachfrage, Kautabaktien, insbesondere ausländische Renten, durchweg rückgängig, ebenso Kolonialwerte, Kollamarkt überwiegend fest. Unnotierte Werte schwankend.

## Der Stand der Welt.

Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	27. 10.	26. 10.	1914
1 holländischer Gulden	1620	280	1.67 M.
1 belgischer Franc	964	890	1.12 "
1 dänische Krone	1187	1189	1.12 "
1 schwedische Krone	157	170	0.80 "
1 italienische Lira	18553	19750	20. "
1 englisches Pfund	4139	4248	4.20 "
1 Französischer Franc	274	306	0.80 "
1 Schweizerischer Franc	1713	805	0.80 "
1 tschechische Krone	127	139	" "

Warenmarkt. Mittagspreise. (Amtlich.) Preise für 50 Kilo ab Station:

Weizen 9000—9500. Roggen 8500—8400. Wintergerste 7700. Sommergerste 9400—9000. Safer 9500—9300. Weizenmehl (100 Kilo) 25 500—25 400—27 500. Roggenmehl (100 Kilo) 22 500—24 700. Weizenkleie 4800—4900. Roggenkleie 4800—5000. Raps 12 000—14 000. Weizenbrot 14 000—16 000. Meine Speiseerbsen 9000—10 000. Weizen 9500—10 500. Ackerbohnen 6300—6500. gelbe 8500 bis 9000. Erbsen 18 000—20 000. Rapskuchen 5600 bis 6800. Trautenkornmehl 4500—4600. Torfmehle 3100—3200.
--

Gesamtes und Getrock. Drahtgedrehtes Hagen-Weizen- und Haferstroh und Roggenlangstroh 1900—2000. bindfadendickes Hagen- und Weizenstroh 1800—1900. Ioses und gelblich-rottes Hagenstroh 1700—1800. Stroh 2200—2300. handelsübliches Heu 980—1050, gutes Heu 1050—1150 Markt.

## Schlussschrift.

### Die Vorbereitungen für die Reparationsverhandlungen.

Berlin, 27. Oktober. Heute fand eine neue Besprechung der Staatssekretäre über die Reparationsfrage statt. Der zweite Ausschuss, der in der Parteiführerbesprechung mit dem Reichstanzler eingeleitet wurde und beauftragt ist, das gesamte Wirtschaftsproblem zu erörtern, hat noch keinen Zeitpunkt für seine erste Sitzung angesetzt, da die Regierungsstellen mit den Vorbereitungen für die Verhandlungen mit der Reparationskommission zunächst beschäftigt sind.

### Facta verhandelt mit den Faschisten.

Rom, 27. Oktober. Die Meldung von einem formellen Rücktritt des Ministeriums Facta bestätigt sich nicht. Im Anschluß an den Kabinettsrat hat der Ministerpräsident sofort den Führer der Faschisten, Mussolini telegraphisch eingeladen, nach Rom zu kommen, um über die Möglichkeit einer Vereinbarung mit den Faschisten zu beraten.

### Sechs Seelente ertrunken.

Hamburg, 27. Oktober. Der Hamburger Seelichter „Lahn“, der im Tau des Schlepplumpfers „Titan“ von Petersburg nach Hamburg fuhr, ist bei schwerem Schneesturm im finnischen Meerbusen gesunken. Die gesamte Besatzung von sechs Mann ist ertrunken.

## Schwerer Diebstahl im Weimarer Goethemuseum.

Berlin, 27. Oktober. Am Donnerstag nachmittag, als ziemlich starker Verkehr im Weimarer Goethe-Nationalmuseum herrschte, erbrachen unbekannte Diebe eine Glasvitrine und stahlen daraus verschiedene kleine Gemälde, so die Trauringe Goethes, einen großen silbernen Becherting mit goldener Platte, auf der sich ein Wappenstein mit Stein befindet, und Goethes goldene Spindel mit hellblauer Emaille, goldene Schlüsselring und Silberblatt mit römischen Zahlen, die in einem goldenen abnehmbaren Ring liegen, die eine Schloßschloßboje mit marmorähnlichem Stein, mit Gold ausgelegt, einen silbernen Becherting, der stark vergolbt, in Form eines halben Gänsfußes. Von den Tätern fehlt jede Spur.

## Großfeuer im Heimkehrertager Euben.

Euben, 27. Oktober. In dem Heimkehrertager Euben, das in der Hauptstraße als Sammelstätte für oberbairische Flüchtlinge dient, ist samstags ein großes Feuer ausgebrochen. Vier Baracken sind abgebrannt. Mehr als 400 Flüchtlinge sind abgeholt. Insgesamt waren fünfzehn Holzbaracken vorhanden, die etwa 2000 Menschen Obdach gewährten.

## Deutschnationaler Parteitag.

Berlin, den 27. Oktober 1923. Eröffnung der Verhandlung in Götting.

Der diesjährige Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei wurde am Freitag in Götting eröffnet. Der Vertreter aus dem ganzen Reich in Götting eröffnet. Von der Reichstagsfraktion waren fast sämtliche Mitglieder erschienen. Der offizielle Eröffnung der Verhandlung ging am Tage zuvor eine geschlossene Vertreterversammlung voraus, die sich in der Hauptsache mit organisatorischen Fragen befaßte. Der Geschäftsbereich stellt ein weiteres Anzeichen der Deutschnationalen Volkspartei fest: Die Zahl der Parteiorganisationen ist auf 10675 gestiegen. Die Ausschüsse haben zum Teil schon am Mittwoch mit ihren Tagungen begonnen.

## Gergis Programmrede.

Der Parteivorstandliche Herr Gergis eröffnete die erste öffentliche Sitzung des Parteitag mit einer groß angelegten politischen Programmrede. Als erste Forderung schon am Parteitag in München aufgestellt bezeichnete er die Fortsetzung der Defizitwirtschaft im inneren und äußeren zu beseitigen. Mit dem Regieren müsse gearbeitet werden, aber ohne Zwänge des Besche. Den Parteiforderungen müsse man zuvorkommen, indem man sie aus freien Stücken vorher erfüllte.

In zweiter Linie forderte der Redner, daß mit der Erfüllungspolitik ein Ende gemacht werden müsse. Die Regierung müsse weggeführt werden, wenn die Souveränität des Reiches so antasten lasse, wie es jetzt von Paris aus verlangt werde.

## Verständigung mit Frankreich.

Der Redner trat dann in sehr bemerkenswerten Ausführungen für die Verständigung mit den Verbündeten ein. Der Tag dafür ist jetzt gekommen. Die Bedingungen Frankreichs, die jetzt aufzuheben werden, dürfen nicht ihre dauernde. Sondern er könne Frankreich allerdings mit Recht verlangen, und die wollen wir ihm auch bieten, aber es seien keine Forderungen, die Fortsetzung der Defizitwirtschaft einer freien deutschen Wirtschaft, weitens der Wille aller Deutschen zur Mitarbeit, drittens innerpolitische Garantien für den Produktionsprozess.

Im Anschluß daran warf der Redner das Problem des Aufschubs der Tagung auf und möchte selbst ihr Erschließen die Hand nehmen, ehe der Feind sie zur Wehrarbeit zwingt.

Herr Gergis kam abhand auf die Reichspräsidentenwahl zu sprechen und machte dabei dem Reichspräsidenten zum Vorwurf, daß er die Verlängerung seiner Amtsdauer angenommen habe und erklärte: „Herr Gergis hat uns Deutschland, Deutschland über alles“ als Nationalhymne wiedergegeben. Das Volk über alles wollen wir ihm aufrufen. Dieses Volk wird sprechen und wir werden uns an dieses Volk wenden. Wir werden hinausgehen aus dem Reichstag und unsere Tätigkeit ins Volk verlegen. Wir sind fertig mit dem Parlamentarismus.“

Stürmischer, langanhaltender Beifall begleitete diese Ausführungen Herrs. Nach dem Parteivorstandlichen sprach der Universitätsprofessor Dr. Doersch über die Grenzmarken.

## Aus Stadt und Land.

Der Überfall auf Hagen. Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters war der Feldwebel Hilber verhaftet worden, der sich selbst der Wehrkraft zu dem Anschlag auf Hagen bezichtigt hatte. Hilber ist auf Antrag seines Verteidigers jedoch aus der Haft entlassen worden, da es sich herausgestellt hat, daß Hilber, der nicht voll zurechnungsfähig ist, mit der Tat in keiner Verbindung steht.

Ein ungläubliches Seeräuberfährten, das wie eine Geschichte aus einem Seeräuberroman ammutet, trug sich auf der Unterelbe zu. Ueber das Piratenfährten liegen jetzt nähere Angaben vor. Der Motorschoner „Bertha“, von Hamburg nach Schweden mit einer Quebradopoladung unterwegs, wurde auf der Unterelbe, wo er mittags 12 Uhr vor Anker lag, von einem Boot mit vier bewaffneten Männern überholt, die die unbewaffnete und kapitän durch Schüsse in Rücken und Arme kampfunfähig machten. Der Anker wurde gelockt, um die Fahrt fortzusetzen. Die Schiffspapiere sowie andere Wertgegenstände wurden geraubt. Die Sträflinge, denn es handelt sich um vier aus Hamburg entworfene Justizhändler, legten die Kleidung der Mannschaften an, gerieten mit dem Schiff aber bald auf Grund und schlüpfen sich in die Mägen. In vorbestimmender Schoner genährte das Weizen und nahm die Seepiraten an Bord. Dem schwerverletzten Kapitän gelang es, sich von seinen Gefellen zu befreien, und er verdingte sich durch Einzelgänger mit dem Schoner, daß es sich bei den Geretteten um Piraten handele. Diese wurden an ein vorbestimmendes Torpedoboot abgegeben; dann begab man sich an die Rettung der eigentlichen Schiffsbefahrung. In Wilhelmshafen wurden die Piraten von der Schutzpolizei in Empfang genommen. Der Hauptführer ist etwa 30 Jahre, während seine Gefellen 18 bis 20 Jahre alt sind. Die „Bertha“ ist vollständig verloren.





# Todes-Anzeige.

Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern Nachmittag, 4 1/2 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute, treuerzorgende Mutter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

## Katharina Elisabeth Gerlach

geb. Körber

nach langem schweren Leiden im Alter von 40 Jahren zu sich in sein himmlisches Reich aufzunehmen.

Dies zeigt in tiefster Schärfe an:

**August Gerlach und Kinder,**  
nebst allen Angehörigen.

Elbersdorf, Kaltenbach, d. 27. Oktober 1922

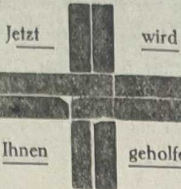
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. Oktober nachmittags 3 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

## Zahn-Praxis

Paula Nienhaus  
Wachhaus  
„Stadt Frankfurt“

Sprechstunden:  
Täglich von 8—6 Uhr  
Sonntags v. 9—11 Uhr

## Frauen-Qual.



bei Störungen u. Stockungen verwenden sie meine Spezialmittel **1000de Erfolge**, vielfach in einigen Stunden, oder nächsten Tage, schmerzlos, ohne Berufsstörung, unschädlich, mit **Garantie-Schein**. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie klagen. Diskreter Versand.  
**Fr. Mertens, Dortmund**  
Schwanenwall Nr. 13

## Frauen!

Ankunft bei Störungen unsofort in geschl. Brief. Rückporto erw.  
**E. Sternberg, Berlin**  
Neanderstr. 25 A 260

**Trauringe, Uhren**  
**Gold- und Silberwaren**  
in größter Auswahl zu billigen Preisen.



**Hermann Rogan,**  
Gold- und Silberschmied.  
Eigene Werkstatt.  
Cassel, Bahnhofstraße 14.

## Weiche mit Henko die Wäsche ein!

Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda; altbewährt für Wäsche und Hausputz.  
**Alleinige Hersteller:**  
**HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.**

**Nettle** HAARWASCH  
ganz **Haarausfall**  
Garantie für Erhaltung  
Generalvertrieb Cassel  
Sanitaria

Überall erhältlich.



**Bestempfehlenes Uhren- und Goldwaren-Geschäft**  
**WILHELM KEIM**  
UHRMACHER  
Leistungsfähige Werkstatt  
Ankauf von Gold und Silber

**Brockmann's Futterkalk**  
Richard Mohr.  
Der echte Nährsalz-Futterkalk in Drogen

## Ia. Benzin

für Autos, Motoren etc.  
Richard Mohr.

### Kirchliche Nachrichten.

Sonntag den 29. Oktober 1922.

20. Sonntag nach Trinitatis

Gottesdienst in:

**Spangenberg:**

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönwald.

Nachmittags 4 1/2 Uhr: Metropolitan Schmitt.

**Elbersdorf:**

Vormittags 10 Uhr: Metropolitan Schmitt.

**Schnellrode:**

Nachmittags 1 Uhr: Pfarrer Schönwald.

Artikel I.

§ 1 der Ordnung erhält folgende Fassung:  
Für den Besuch der ländlichen Fortbildungsschule in Spangenberg wird je Schüler und Winterhalbjahr ein Schulgeld erhoben, das für einheimische Schüler 400 Mk. für Schüler, die aus Anlag des Arbeits- oder Lehrverhältnisses in Spangenberg zugezogen sind 800 Mk. beträgt.

Artikel II

Dieser Nachtrag tritt mit dem laufenden Winterhalbjahr in Kraft.  
Vorstehender Entwurf wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis in der Stadtgemeinde gebracht. Jedem Bürger steht es frei, innerhalb der nächsten 2 Wochen, vom Tage nach der Veröffentlichung an gerechnet, bei dem Magistrat Einwendungen zu erheben.  
Spangenberg, den 26. Oktober 1922.  
**Der Magistrat**  
Schier

### Die Nachgelder

für 1922 (einfach der Nachforderung für 1921) sind am Montag, 30. d. Mts. von nachm. 2 bis 5 Uhr an die Stadtkasse zu zahlen.  
**Die Stadtkasse**  
Weisheim

### Gebühren für Leichenbeschauer.

Der Herr Regierungspräsident hat die nichtärztlichen Leichenbeschauer mit Rücksicht auf die allgemeine Feuerung ermächtigt, vom 16. Oktober 1922 an für ihre amtliche Tätigkeit folgende Vergütung zu erheben:  
a) für jede Leichenchau 30 Mk.  
b) bei Tätigkeit außerhalb ihres Wohnortes außerdem für jeden zurückgelegten Kilometer 2 Mk.  
Höhere Gebühren zu fordern sind die Leichenbeschauer nicht befugt.  
Melfungen, den 18. Oktober 1922.  
Der Landrat.

## Preiswertes Angebot!

Taschenuhren, Damenarmbanduhren  
Wand- und Weckeruhren  
Geschmackvolle Kuckucksuhr  
noch sehr billig.

Alle Arten Schmucksachen  
Mundharmonikas  
Damenledergürtel  
hochmodern  
Portemonnais für Damen und Herren

## Friedmann's

Uhrenhandlung und Reparaturwerkstatt

Ankauf von altem Gold u. Silber zu unübertroffenen Preisen!

Reparaturen aller Art werden von mir zum allerersten Preis erledigt.

## Ämtlicher Teil.

### Erhöhung des Strompreises.

Die kädt. Körperschaften haben auf Vorschlag der Stromkommission beschlossen:  
Die Gebühr für die Entnahme von elektrischem Strom aus dem kädt. Netz wird und zwar mit Wirkung vom 1. 9. 22 und 1. 10. 22 ab, bei dem Licht von 10 Mk. auf 14 Mk. auf 23 Mk. bei der Kraft von 8 Mk. auf 11 Mk. auf 19 Mk. je K. W. St. erhöht.  
Spangenberg, den 23. Oktober 1922.  
**Der Magistrat,**  
Schier.

### Zinsfuß der kädt. Sparkasse.

Die kädt. Körperschaften haben auf Vorschlag des Sparkassen-Vorstandes den Zinsfuß mit Wirkung vom 1. 1. 23 ab festgelegt

a) für Einlagen  
unter 10000 Mk. auf 4 1/2 v. H.  
von 10000 Mk. und mehr bei Befristung auf mindestens 1/2 Jahr auf 5 1/2 v. H.

b) für Ausleihungen und zwar  
gegen Hypotheken- und Grundschuldbriefe auf 8 v. H.  
gegen Hinterlegung und Verpfändung auf 10 v. H.  
gegen Wechsel und Schuldschein auf 10 v. H.  
an kommunale Körperschaften auf 8 v. H.  
Spangenberg, den 26. Oktober 1922.  
**Der Magistrat,**  
Schier.

### Wohnungsangelegenheiten.

Die Entscheidungen des Kreisnieteneinigungsamts sind endgültig. Es ist daher zwecklos, Beschwerde oder Einspruch dagegen zu erheben. Den Beteiligten steht es frei, in der Sitzung des Nietenamts die Gründe ihrer Einlegung eingehend darzulegen.

Sobald das Kreisnieteneinigungsamt entschieden hat, sind Eingaben an den Magistrat, den Bürgermeister oder die Wohnungskommission unzulässig. Mündliche oder schriftliche Vorstellungen dieser Art werden fortan nicht mehr entgegengenommen werden. Wenn die Gemeindebehörde mit der Ausführung eines Beschlusses des Nietenamts beauftragt wird, so bedeutet dies nur, daß sie den Willen des Nietenamts unverändert durchzuführen soll.  
Spangenberg, den 18. Oktober 1922.  
**Der Magistrat**  
Schier

### Der Brotpreis

für Markenware beträgt ab Montag, den 23. d. Mts. für ein 1900 Gramm-Brot 38 Mk.  
Melfungen, den 20. Oktober 1922.  
**Der Vorsitzende des Preisausschusses.**

### Die Gebühr für das Ausrufen

privater Bekanntmachungen in den Straßen durch kädt. Bedienstete ist für  
Einheimische von 50 Mk. auf 125 Mk.,  
Auswärtige von 100 Mk. auf 250 Mk.  
je Einzelfall erhöht.  
Spangenberg, den 26. Oktober 1922.  
**Der Magistrat,**  
Schier.

### Das Schulgeld für die Kleinkinderschule

ist mit Wirkung vom 30. 10. 22 ab von 1 Mk. auf 3 Mk. je Kind und Woche erhöht worden (angefangene Wochen werden voll gerechnet). Es ist am 1. Tage der betr. Woche an die Kleinkinderlehrerin zu zahlen.  
Spangenberg, den 26. Oktober 1922.  
**Der Magistrat,**  
Schier.

### Fortbildungsschulgeld.

Der Magistrat hat am 26. 10. 22 (Nr. 4620) beschlossen, folgenden Nachtrag (2. Nachtrag) zur Ordnung über die Erhebung von Schulgeld für den Besuch der ländlichen Fortbildungsschule vom 22. 3. 06 nebst 1. Nachtrag vom 22. 11. 20 zu erlassen: